

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 23. Juni 2008

Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung
am 23. Juni 2008 beschlossen:

Nuklearwaffen aus Deutschland abziehen

Die FDP fordert die Bundesregierung auf, den Abzug der letzten in Deutschland stationierten US-Nuklearwaffen in den zuständigen NATO-Gremien auf die Tagesordnung zu setzen und voranzutreiben.

Die Liberalen haben die Diskussion um den Abzug angestoßen, weil er dringend notwendig ist. Die Nuklearwaffen, die in Deutschland gelagert sind, sind Relikte des kalten Krieges. Die Stationierung von Nuklearwaffen in Europa ist nach Überwindung des Kalten Krieges nicht mehr erforderlich und hat in Zeiten asymmetrischer Bedrohung keinen Sinn mehr. Es ist deshalb vertretbar und notwendig, dass die deutsche Bundesregierung mit der amerikanischen Regierung ernsthaft über den Abzug dieser Nuklearwaffen verhandelt. Das wäre auch ein hervorragendes Abrüstungssignal gerade auch gegenüber den Ländern, die wir davon überzeugen wollen, dass sie sich nicht atomar bewaffnen.

Die Liberalen setzen seit vielen Jahren auf atomare Abrüstung. Wir bedauern sehr, dass die Bundesregierung das Thema Abrüstung so wenig ernst nimmt. Im internationalen Dialog sind praktische Ergebnisse gefragt. Abrüstung ist eine zentrale Aufgabe der Außen- und Sicherheitspolitik unserer Zeit. Wir Deutschen können dazu unseren Beitrag leisten, wenn wir darauf hinwirken, dass die verbliebenen amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Wer Frieden und Abrüsten ernst nimmt, der muss mit gutem Vorbild vorgehen.